



Kinder auf Funafuti in Tuvalu

VLAD SOKHIN / LAIF

Der Augenzeuge

„Wohin sollen wir gehen?“



Enele Sopoaga, 59, ist Premierminister von Tuvalu. Die Südseeinsel besteht aus neun Atollen. Bei der Weltklimakonferenz in Paris kämpft Sopoaga um das Überleben seiner Nation.

„Ich bin jetzt seit der Konferenz in Rio 1992 dabei. Und seither sage ich das Gleiche, in der Hoffnung, die großen Länder mit den großen Möglichkeiten haben endlich ein Einsehen. Aber die schauen lieber weg. Dabei wäre es so nötig, etwas zu tun. Ich frage mich manchmal, ob es wirklich den Willen gibt, uns zu retten, oder ob das nur Camouflage für eigene Interessen ist. Am Dienstag zum Beispiel war ich bei der Sitzung des Grünen Klimafonds. Die akzeptierten einfach nicht, was wir schon alles machen. Sie sagten, wir sollen unsere Datenbasis verbessern und nachweisen, dass der Klimawandel Grund für Erosion, Überschwemmungen und den Zyklon ‚Pam‘ war, der im März unsere Inseln verwüstet hat. Und sie haben gefragt, wie viel Geld wir für Anpassungsprogramme aufbringen könnten. Das war nur beschämend. Wir tragen nichts zum Klimawandel bei und sollen jetzt für die Folgen haften. Ich frage mich, ob ich die ganzen Jahre wirklich die richtige Botschaft ausgesandt habe. Versteht die Welt, wie bedroht wir sind? Es geht doch um die ganze Menschheit.“

In Paris brauchen wir jetzt zwei Dinge: ein verbindliches Abkommen und die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad. Das sagt uns die Wissenschaft eindeutig. Hier habe ich Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon getroffen. Und Angela Merkel. Ich habe ihr gesagt, Sie sind die mächtigste Regierungschefin der EU, bitte helfen Sie uns. Jedes Zehntel über 1,5 Grad bringt uns dem Untergang näher. Sie hat dann in ihrer Rede unsere Inselstaaten erwähnt. Ich hoffe, sie kann das auch ihren europäischen Kollegen sagen.

11 000 Bewohner sind wir jetzt. 4000 sind schon gegangen. Nach Australien, Neuseeland und auf die Fidschi-Inseln. Wir halten niemanden auf. Aber gehen heißt kapitulieren. Der Meeresspiegel ist für uns genauso gefährlich wie die steigende Zahl der Wirbelstürme. Wir haben jetzt mit fremder Hilfe ein Frühwarnsystem installiert. Aber wenn im Radio eine Riesenwelle gemeldet und dazu aufordert wird, höher gelegene Plätze aufzusuchen – wohin sollen wir gehen? Der höchste Flecken Land liegt vier Meter über dem Meer. Höher sind nur die Kokospalmen. Und da hinauf sollen wir unsere Großväter, Großmütter und Kinder bringen? Ich hoffe, die Welt versteht das endlich.“

Aufgezeichnet von Horand Knaup

Parteien

Bald gendert auch die CDU

Obwohl mit Angela Merkel seit 15 Jahren eine Frau an der Spitze der CDU steht, spricht das 55 Jahre alte Parteistatut weiterhin nur von „dem Vorsitzenden“ oder „dem Generalsekretär“. Die Frauen Union der CDU will nun mit einem Antrag für den Parteitag Mitte Dezember erreichen, dass die Satzung künftig auch weibliche Formen enthält. Anders als die von der Uni-

on oft verspotteten Grünen wollen die CDU-Frauen aber nicht jedes Parteidokument mit Sternchen oder Unterstrichen „durchgendern“, sondern die weibliche Form nur für die im Statut genannten Vorstandsämter der Bundespartei einführen. Unkompliziert sind die Änderungsvorschläge dennoch nicht; so soll es künftig heißen: Der Parteitag wählt „auf Vorschlag der oder des Vorsitzenden die oder den Generalsekretär/in“. Die Antragskommission empfiehlt Zustimmung. ama

Recht

Bundespolizei verunsichert

Die große Zahl nicht registrierter Einreisen birgt nach Ansicht der Gewerkschaft der Polizei (GdP) erhebliche rechtliche Risiken für die an der Grenze eingesetzten Bundespolizisten. Da es sich bei der Einreise ohne gültige Dokumente um eine Straftat handeln könne, sei die Polizei verpflichtet, diese anzuzeigen und zu verfolgen. Das aber ist ausweislich interner



Polizist, Flüchtlinge in Freilassung

EBNER EUROPA / IMAGO

Unterlagen trotz Einführung von Grenzkontrollen am 13. September bei über 90 Prozent der Flüchtlinge nicht der Fall. „Wir haben Sorge, dass die Beamten sich der Strafvereitelung im Amt schuldig machen“, befürchtet GdP-Chef Jörg Radek. Da zudem nicht erkennbar sei, warum bei wenigen Migranten trotz eines Strafanzeiges mit erkennungsdienstlicher Behandlung erfolge, bestehe der Verdacht der Willkür. Dass täglich Tausende Menschen einreisen, ohne dass den Behörden deren Identität bekannt sei, gefährde die Sicherheit in Deutschland. Radek: „Die Bundespolizei leistet dort überwiegend humanitäre Hilfe und kann sich nicht mehr auf ihre Kernaufgabe konzentrieren.“ aul

Griechenland

Rettung billiger

Das dritte Rettungspaket für Griechenland wird den europäischen Rettungsschirm ESM geringer belasten als zunächst gedacht. „Nach heutigem Stand wird Griechenland deutlich weniger Rettungsdarlehen vom ESM benötigen als die maximal 86 Milliarden Euro, die ursprünglich vorgesehen waren“, sagt ESM-Chef Klaus Regling. Grund dafür ist, dass der Kapitalbedarf griechischer Banken mit 10 Mil-

liarden Euro geringer ausfällt als die veranschlagten 25 Milliarden Euro. Den Instituten geht es offenbar doch nicht so schlecht wie zunächst befürchtet. „Allein damit reduziert sich unser Kreditvolumen auf 71 Milliarden Euro“, sagt Regling. Der Deutsche an der Spitze des Rettungsschirms erwartet zudem, dass sich der Internationale Währungsfonds im kommenden Jahr am aktuellen Griechenlandprogramm beteiligt. „Kommt es dazu, wird das ESM-Darlehensvolumen weiter gesenkt.“ rei